

Welt am Sonntag vom 20.09.2015, S. NRW7

# Erst willkommen – dann raus

Angesichts der Flüchtlingswelle sind Abschiebungen unvermeidbar. Das sagen viele. Was sie nicht sagen: Das wird wehtun

# E

Es war gegen 3 Uhr 45, als die Herren vom Bonner Ordnungsdienst anklopfen, um eine alleinstehende Mutter und ihre drei kleinen Kinder abzuschicken. Bei der Frau handelte es sich um eine wegen Depression behandelte Tschechin, die ihrem alkoholkranken Mann entkommen war. Ein paar Taschen durfte die Frau noch eilig packen, dann mussten Mutter und Kinder in einen Wagen steigen, der sie außer Landes brachte. Ihr Mobiliar ließen sie zurück, von Bekannten verabschieden konnten sie sich nicht mehr. Tief in der Nacht.

VON TILL-R. STOLDT

Wegen dieses Abschiebungsfalls von 2013 wurde Rot-Grün seinerzeit harsch kritisiert. Innenminister Ralf Jäger (SPD) verteidigte sich damals mit dem Hinweis, die Frau sei illegal eingereist und habe zuvor schon in Polen Asyl beantragt. Außerdem sei der Einsatz zu früher Stunde in manchen Fällen unumgänglich. Die Behörden im Rückkehrland bestünden oft darauf, Abgeschobene bis 14 Uhr in Empfang zu nehmen. Gleichwohl fühlten sich Rote und vor allem Grüne von der öffentlichen Kritik getroffen. Bald drauf entschärften sie die Abschiebepaxis durch sogenannte „Sensibilisierungserlässe“. Darin wurden unter anderem Einzelfallprüfungen im Anschluss an rechtskräftige Abschiebungsurteile angeordnet – was die Bearbeitungsdauer der Fälle laut Kommunalverbänden deutlich verlängerte.

Dass unter ihrer Verantwortung Menschen abgeschoben werden, quält Grüne und Sozialdemokraten fast schon traditionell. Gleichwohl verkündete Ministerpräsidentin Hannelore Kraft jüngst, angesichts der aktuell hochschnellenden Flüchtlingszahl werde das Land auch künftig wie bisher Menschen abschieben müssen (worin ihr CDU und FDP zu-

stimmten). Um Aufnahmekapazitäten für Asylberechtigte zu erhalten. Und um bei Menschen ohne Chance auf Asyl, vor allem vom Balkan, keine falschen Hoffnungen zu wecken. Fragt sich nur: Besitzt Rot-Grün die Kraft dazu? Immerhin müsste NRW dieses Jahr rund zehn Mal mehr Menschen abschieben als 2014, um prozentual auch nur so viele abgelehnte Asylbewerber außer Landes zu bringen wie 2014. Denn: Bis Juni 2015 hat NRW 1883 von 156.953 Abgelehnten abgeschoben. Das entspricht rund einem Prozent. 2014 führte das Land dagegen noch rund zehn Prozent der Abgelehnten in ihre Heimatländer zurück.

Wollte das Land mit seinem Plan einer auch nur gleichbleibenden Abschiebungspraxis ernst machen, hätte das eine Konsequenz, über die niemand in der Koalition sprechen mag: Es käme zu einer Abschiebe-Welle ungeahnter Größenordnung. Die Rückführungen müssten effektiviert und ausgebaut werden. Und die Klagen über inhumane Zustände in so manchem Einzelfall würden wohl kaum verstummen. Fest steht jedenfalls: Der Konflikt zwischen dem Wunsch nach möglichst humaner Abschiebepaxis und der Notwendigkeit vermehrter Abschiebungen dürfte der Koalition noch manch unangenehme Entscheidung abverlangen.

Noch recht einfach ließe sich die Forderung des Städte- und Gemeindebunds umsetzen, das Land müsse mehr Geld für Rückführungen bereitstellen. Tausende zusätzlicher Stellen seien notwendig, die nach vielen Millionen Euro verlangten. Ein Sprecher der Stadt Dortmund warnt gar, ohne zusätzliches Personal werde die Zahl der Abschiebungen womöglich nicht nur nicht steigen, sondern sinken. Schließlich müssten die Städte derzeit ihr für Abschiebungen zuständiges Personal wegen des Flüchtlingsandrangs verstärkt in der Flüchtlingsaufnahme einsetzen. Für Rückführungen sei deswegen immer weniger Personal verfügbar. Doch anstatt das Budget für Rückführungen zu erhöhen, hat Rot-Grün es im Haushaltsplan für 2016 sogar um rund 600.000 Euro reduziert, wie der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende André Kuper bemängelt. Er kritisiert, entweder habe „die Landesregierung noch überhaupt

nicht erkannt, was da im Bereich der Abschiebungen auf sie zukommt oder der SPD-Innenminister hat sich wider besseres Wissen dem grünen Koalitionspartner gefügt“. Denn dass die Grünen beim Thema Abschiebungen von jeher bremsen, ist kein Geheimnis.

Theoretisch leicht unterbinden ließe sich eine weitere Härte für Abzuschickende: Dass man sie erst in Deutschkurs, Kita und Schule steckt, um sie nach ein bis zwei Jahren dann doch – halb integriert – abzuschicken. Dieses Schicksal erleidet zwar nur eine Minderheit der abgelehnten Asylbewerber. Es droht nun aber speziell Flüchtlingen vom Balkan vermehrt. Von ihnen werden bislang nur 0,2 Prozent als Asylberechtigte anerkannt. Allein in diesem Jahr werden aber rund 80.000 Asylbewerber vom Balkan in NRW erwartet. Selbst wenn nur jeder Hundertste von ihnen abgeschoben würde, beträfe dies noch 800 Erwachsene und Kinder pro Jahr, die erst Deutsch lernen, eine Kita oder Schule besuchen und hier Freunde finden – um eines Tages abgeholt zu werden.

Nun könnte das Land diese Abschiebung Halbtintegrierter verhindern, indem es ausreichend Unterbringungsplätze für Asylbewerber schafft, bei denen gar nicht erst mit der Integration begonnen wird. Bislang werden alle Asylbewerber nach einer kurzen Phase in Erstaufnahmeunterkünften in die Kommunen weitergeleitet, wo automatisch die Integration durch Beschulung, Kita-Besuch und Deutschkurse einsetzt. Diesen Automatismus will die Landesregierung in Person von Innenminister Ralf Jäger (SPD) laut offizieller Ankündigung zwar aufbrechen. Doch bei der Umsetzung wird ein massives Missverhältnis deutlich: Während etwa 80.000 Balkan-Bewohner ohne Bleibeperspektive 2015 nach NRW einwandern werden, will Rot-Grün nur 1200 entsprechende Unterbringungsplätze schaffen. Auch das lässt beim CDU-Flüchtlings- und Kommunalexperten Kuper die Frage aufkommen, ob „der Innenminister sich den Grünen hier wieder mal geschlagen geben musste?“

Vor allem die Kommunen drängen noch auf einen anderen Schritt, um Abschiebungen zu effektivieren: Sie verlangen, den rot-grünen „Sensibilisierungserlass“ von 2014 zurückzunehmen. Insbesondere die darin angeordnete Einzel-

fallprüfung im Anschluss an ein rechtskräftiges Abschiebungsurteil wirke „kontraproduktiv“, so klagten 15 meist sozialdemokratische Oberbürgermeister schon im Frühjahr in einem Brief an Ministerpräsidentin Kraft. Doch Sozialdemokratin Kraft lehnte dies kategorisch ab. Und auch die CDU verhielt sich damals eher zurückhaltend. Das hat sich geändert. Zumindest die Union bekennt sich mittlerweile zu dieser Forderung der 15 kommunalen Oberhäupter.

Wie sehr der Wunsch nach effektiver Abschiebung in moralische Grenzbereiche führt, verdeutlicht eine weitere For-

derung der 15 Oberbürgermeister. Sie plädieren dafür, unvollständige Familien abzuschicken. Die Begründung: Gerade kinderreiche Familien verhinderten ihre „Überstellung“ häufig dadurch, dass sie am Tag der Rückführung eines ihrer Kinder verschwinden ließen. Durch diesen beliebig wiederholbaren Trick würden Abschiebungen oft unabsehbar lange verschoben, so berichten die 15 OBs.

Sie empfehlen eine Änderung der Rechtslage: Künftig müsse es erlaubt sein, unvollständige Familien abzuschicken und zurückgelassene Kinder hinterzuschicken. Diese Forderung er-

scheint aber nicht nur Roten und Grünen heikel. Selbst die CDU ist in der Frage gespalten. Während ihre Innenpolitiker dafür plädieren, lehnen die Flüchtlingspolitiker dies ab. Dass auch Christdemokraten sich damit schwertun, „sollte für jeden zur Empathie fähigen Menschen nachvollziehbar sein“, meint André Kuper. Beim Abschieben müsse die Humanität geschützt werden. Da hat er recht. Ebenso wie mit seinem Nachsatz: Humanität werde aber „auch dadurch geschützt, dass ein Land seine Fähigkeit aufrecht erhält, Flüchtlinge aufzunehmen – durch Abschiebungen“.